67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 3,00 M., Reklameteil 20.– M. Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsscheinkalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Nebenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal

Zuschriften an die Geschäftsstelle erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 389.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.– Mk. monatlich 12.– Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr. des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Sonntag, 21. August 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Neue Besprechung Rathenaus mit Loucheur.

Berlin, 20. August.

Die Minister Dr. Rathenau und Loucheur, die bei ihrer ersten Begegnung eine weitere Zusammenkunft verabredet hatten, haben vereinbart, sich in Wiesbaden am 26. August zu treffen.

Die Steuerberatung im Reichswirtschaftsrat.

Wie die P. P. N. hören, tritt der Arbeitsausschuß zur Beratung des Besitzsteuergesetzes des Reichswirtschaftsrates am Mittwoch zur Generaldiskussion über die Vermögenssteuergesetz-Entwürfe zusammen. Am Donnerstag und Freitag werden zu diesen Steuergesetzentwürfen folgende Sachverständige gehört werden: Senatspräsident Strutz-München; Präsident des Oberfinanzamts Schlutius-Düsseldorf; Generaldirektor der Köln-Rottweiler Pulverfabrik Prof. Dr. Flechtheim, Berlin-Grunewald; Syndikus der Berliner Handelsgesellschaft Dr. Sintenius-Berlin; Direktor von Schinkel-Hamburg; Dr. Hachenburg-Mannheim, Mitglied des R. W. R.; Prof. Dr. Nerebe-Hohenheim, Mitglied des R. W. R.

Der Unterausschuß für Steuerkontrolle hält am 25. August gemeinsam einer Kommission des Verkehrsausschusses eine Sitzung ab, die der Beratung des Entwurfes eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes gilt.

Der Danziger Protest.

Danzig, 20. August.

Der geschäftsführende Ausschuß der Partei für Fortschritt und Wirtschaft nahm gestern in einer sehr stark besuchten Versammlung ebenfalls eine Entschließung gegen die vom Oberkommissar getroffene Entscheidung über die Verteilung der Eisenbahnen im Freistaat an, in der es zum Schluß heißt: In feierlicher Weise sind durch Friedensvertrag die Freie Stadt Danzig und ihre Interessen unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Gestützt auf diesen und die durch den Völkerbund gegebenen Garantien und gestützt auf die Grundsätze der Gerechtigkeit erheben wir deshalb im Namen der auf das schwerste getroffenen Bevölkerungskreise des Freistaates, die wir vertreten, entschiedensten Protest gegen die in Aussicht genommene Regelung der Eisenbahnfrage und die damit zu befürchtende Behandlung der deutschsprechenden Beamten, Arbeiter und Angestellten.

Deutsche Torpedoboote für die polnische Marine.

TU Danzig, 20. August.

Der englische Dampfer „Baltriger" ist heute mit neun polnischen Offizieren und 82 Mann der polnischen Marine von Danzig nach London in See gegangen, um die sechs ehemaligen Torpedoboote „V 105", „A 56", „A 64", „A 65", „A 69" und „A 80" von England abzuholen. Die Boote sind von Polen gekauft und in England repariert bezw. umgebaut und sollen von Danziger Hochseeschleppern nach dem Danziger Hafen geschleppt werden, um hier Bestand der zu bildenden polnischen Kriegsflotte zu werden.

Keine Besserung in der irischen Frage.

EE Paris, 20. August.

Der Lodoner „Temps"-Korrespondent meldet, daß sich die Lage in Irland wenig verändert habe. Man glaubt, daß der Dail Eireann Mittwoch oder Donnerstag seine Sitzung beendet haben werde und die Antwort an Lloyd George fertiggestellt sein dürfte. Der Korrespondent glaubt zu wissen, daß die Antwort der Führer der Sinnfeiner an Lloyd George die Form einer Ablehnung haben werde, die englische Regierung möge Aufklärung darüber geben, was sie unter dem Namen Dominion verstehe, auch die Sinnfeiner werden darlegen, was sie darunter verstehen. Nach der Anschauung der Sinnfeiner hätten die Dominions das Recht, sich vom Mutterlande zu lösen. Die öffentliche Meinung in Irland gewöhnt sich immer mehr an den Gedanken einer Volksabstimmung. Wenn die Führer de irischen Parlaments keine Aussicht haben sollten, mit der englischen Regierung zu einem Einvernehmen zu gelangen, so würden sie ein Referendum beantragen. In republikanischen Kreisen von Dublin wird behauptet, wenn Irland das Statut der Dominions mit dem Rechte der Absonderung vom Mutterlande nicht gegeben würde, werde Irland internationale Garantien gegen jeden Angriff von seiten Irlands, ferner eine Neutralitätserklärung und die Erklärung verlangen, daß der irische Boden unverletzbar sei.

Italien in die zweite Mächteklasse versetzt.

TU Rom, 20. August.

Nach dem „Giornale d'Italia" beschloß der Ausschuß des Völkerbundes, Italien bei einem geringen Beitrag in die zweite Mächteklasse, über Japan, China und Indien zu versetzen. Das Blatt bezeichnet das als eine Beleidigung, die aber nur aus der Tatsache heraus zu erklären sei, daß der ganze Völkerbund nur als ein englisch-französisches Instrument zu betrachten sei. Die „Tribuna" erklärt hohnvoll, der Vertreter Italiens im Völkerbundsrat sei angewiesen worden, sich der geplanten Versetzung Italiens in die zweite Klasse der Völkerbundsmitglieder energisch zu widersetzen.

Im Ministerrat sprach Bonomi die Hoffnung aus, Deutschland und Polen würden sich über Oberschlesien verständigen. Er erklärte mit Nachdruck, daß auf jeden Fall die Entente erhalten werden müsse.

Finanzminister Doumer in Ungnade.

TU Paris, 20. August.

Die „Liberté" meldet, daß Briand dem Finanzminister Doumer wegen der Entscheidung der interalliierten Finanzkonferenz bezüglich des Saargebietes seine Unzufriedenheit bekundet habe. Doumer habe darauf sein Demissionsangebot, die aber Briand abgelehnt hat, da er eine Umbildung des Kabinetts augenblicklich für verfrüht hält. Die Zeitung sagt dann noch, daß das Befinden des französischen Finanzministers sich nicht gebessert habe, und daß die Aerzte ihm eine neue Kur vorgeschlagen haben.

Truppenverstärkungen für Oberschlesien.

Die Entsendung bereits beschlossen?

EE. London, 20. August.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, in französischen offiziellen Kreisen erkläre man, daß die Entsendung von Truppenverstärkungen für Oberschlesien bereits beschlossen wurde. Damit sei aber noch nicht gesagt, daß diese Truppentransporte sofort abgingen. Darüber würden die Regierungen erst beschließen, wenn aus den Berichten der alliierten Oberkommissare eine solche Notwendigkeit hervorgehe. Diese besitze jedoch für den Augenblick nicht. Auch nimmt man an, daß die Warnung, die an die deutsche und die polnische Regierung gerichtet wurde, beachtet werden würde. Es scheine bereits entschieden zu sein, daß Großbritannien und Italien je zwei Bataillone und Frankreich eine Brigade entsende. Dem „Journal des Débats" zufolge finden gegenwärtig Beschreckungen wegen der Entsendung von Verstärkungen statt. Das Blatt behauptet, daß Italien zwei Bataillone, England 2—4 und Frankreich 6 Bataillone absenden würden. Sobald eine endgültige Entscheidung getroffen sei, werde auch der Zeitpunkt des Abtransportes festgesetzt werden.

London, 20. August.

Wie Reuter erfährt, werden in England Vorbereitungen getroffen, zwei Bataillone nach Oberschlesien zu schicken, wie es auch Italien und Frankreich täten.

Le Rond wieder in Oppeln.

TU Oppeln, 20. August.

General Le Rond ist in Oppeln eingetroffen.

Die Hoffnung Vicomte Ishiis.

Paris, 20. August.

Wie Havas mitteilt, erklärt Vicomte Ishii, der oberste Vorsitzende des Völkerbundsrates, in seiner Antwort an Briand, den Vorsitzenden des Obersten Rates, obgleich es ihm noch nicht möglich gewesen sei, seine sämtlichen Kollegen im Völkerbundsrat zu befragen, sei er doch überzeugt, daß diese auf Grund des Wortlautes und des Geistes der Völkerbundsakte sich bereit erklären werden, die Einladung anzunehmen, die ihnen im Namen des Obersten Rates zugegangen ist, nämlich die Lösung bekannt zu geben, die sie für die Grenzführung in Oberschlesien empfehlen.

Paris, 20. August.

Wie „Intransigeant" mitteilt, schließt der Brief des Vicomte Ishii an Ministerpräsident Briand, der heute eintreffen soll, die Aufgabe, ein Gutachten über die Grenzführung in Oberschlesien zu erstatten, mit den Worten: „Ich hoffe fest, daß diese Empfehlung (Anmerkung der Redaktion: Einer Grenze in Oberschlesien) einstimmig gemacht werden wird."

Anerkennung der Entscheidung des Völkerbundsrates — oder nicht?

EE Paris, 20. August.

Das „Journal des Débats" erklärt heute, daß man eventuell die Ansicht des Völkerbundsrates bezüglich der oberschlesischen Grenze nicht anerkennen müsse. Man habe eine eine Art von Schiedsspruch vom Völkerbundsrate gefordert, und dies sei nicht geschehen, um diesen etwa nicht anzuerkennen. Eine derartige Haltung wäre töricht. Denn dadurch würde der Konflikt nur verschlimmert werden. Jene Mächte, die sich gegen die Entscheidung des Völkerbundsrates aussehen würden, würden sich in eine Lage bringen, die man nicht beteiligen könne. Das Blatt fragt aber, was geschehen würde, wenn sich innerhalb des Völkerbundsrates eine Mehrheit und eine Minderheit fänden. Für diesen Fall habe die Völkerbundsakte vorgesehen, daß die Entscheidung einstimmig getroffen werden müsse. Falls dies nicht geschehe, hätten die Regierungen das Recht, die vom Völkerbundsrat ausgesprochene Lösung abzulehnen. Doch damit würde ein Konflikt entstehen, aus dem Deutschland endlich Nutzen ziehen könnte. Es würde erklären können, daß die Alliierten nicht imstande seien, eine oberschlesische Grenze zu ziehen, daß es somit das Recht habe, sich auf Artikel 88 zu berufen, und weiter das Recht habe, im Besitze ganz Oberschlesiens zu bleiben. Deshalb fordert das Blatt, daß man den Urteilsspruch von Genf annehme, ob er einstimmig oder mit Stimmenmehrheit gefaßt sei, allerdings mit dem Vorbehalt, daß gewiß den Friedensvertrage unbedingt eine Teilung Oberschlesiens erfolge. Man habe auch erklärt, daß Deutschland die vom Völkerbundsrat vorgeschlagene Lösung nehmen könne unter dem Vorwand, daß die Alliierten die Grenze ziehen müßten und daß die Intervention des Völkerbundes eine Verletzung des Versailler Vertrages sei. Das Blatt erklärt, daß man sich an diesen Einwand nicht kehren müsse. Immer werde es der Oberste Rat sein, der das letzte Wort zu sprechen habe. Dieser habe das Recht, jeden, den er befragen wolle, zu befragen — das endgültige Urteil werde immer offiziell erst von ihm ausgesprochen werden.

Gustave Hervé gegen die französische Presse.

Paris, 20. August.

Gustave Hervé schreibt in der „Victoire", er lese in einem guten Teil der französischen Presse flammende Kommentare gegen die letzte Rede Lloyd Georges. Nicht gegen Lloyd George, sondern gegen sich selbst müsse die französische Presse wütend sein, denn sie sei es, welche der polnischen Sache in Oberschlesien einen schlechten Dienst erwiesen habe durch die ungeschickte Art und Weise, in der sie das Problem vor die öffentliche Meinung Europas gebracht habe. Die einzige Frage, die bei der Volksabstimmung in Oberschlesien in Betracht komme, sei, zu wissen, ob die Bewohner dieser Provinz Polen oder Deutsche seien, und in welchem Verhältnis sie zu Polen oder zu Deutschland gehören wollten. Einerseits seien die deutsche und die polnische Bevölkerung dort derart miteinander gemischt, derart durcheinander gewürfelt, andererseits gehöre das Land, das seinen Ursprung nach polnisch sei, seit so langen Jahrhunderten zum Deutschen Reiche, zuerst als Teil Oesterreichs und schließlich seit fast zwei Jahrhunderten als Teil Preußens, daß man die Stellung dieser Frage sehr gut begreifen könne. Was aber habe ein nur zu großer Teil der französischen Presse seit zwei Jahren erzählt? Oberschlesien müsse an Polen zurückfallen, weil das das beste Mittel wäre, Deutschland zu schwächen, indem man ihm ein Gruben- und Industriegebiet ersten Ranges wegnähme. Während der Friedensvertrag von Versailles gewollt habe, daß eine Volksabstimmung veranstaltet werde und in Oberschlesien in loyaler und unparteiischer Weise auf Deutschland und Polen das Nationalitätenprinzip angewandt werde, habe ein großer Teil der französischen Presse gewollt, daß man den größten Teil Oberschlesiens Polen gäbe, um die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten! Natürlich hätte Frankreich auch im Obersten Rat alle Verbündeten gegen sich gehabt. Es habe sie gegen sich gehabt, weil es von ihnen verlangt habe, daß der Geist des Versailler Vertrages, den Frankreich unterzeichnet habe, zum Nachteil Deutschlands, zugunsten Polens und zugunsten Frankreichs verletzt werde. Ein großer Teil der französischen Presse habe zwei verschiedene Fragen, die der Versailler Vertrag getrennt behandelt habe, zusammengeworfen. Die Frage der Entwaffnung Deutschlands und die Frage der nichtdeutschen Nationalitäten, die ihre Trennung von Deutschland verlangten. Um Deutschland zu entwaffnen, habe der Versailler Vertrag die Beschränkung seiner Armee und seiner Bewaffnung und die Kontrolle der deutschen Fabriken, die Kriegsmaterial herstellten, vorgesehen, aber er habe Deutschland nicht dazu verurteilt, die Industrie- und Grubengebiete zu verlieren, die es ihm eines Tages gestatten könnten, seine Kriegsindustrie wieder hochzubringen. Wäre das der Fall, dann hätte man ihm zuerst das Ruhrgebiet wegnehmen müssen, das ein gut deutsches Land sei. Kein vernünftiger Mensch würde aber gewagt haben, eine derartige Verstümmelung Deutschlands zu verlangen. In Oberschlesien handle es sich für die Alliierten nicht mehr darum, Deutschland zu entwaffnen, sondern ihm das angediehen zu lassen, was sie als Gerechtigkeit betrachteten. Wenn die französische Presse und die französische Regierung sich nicht ausschließlich auf das Gebiet der Nationalitäten, d. h. das Gebiet der Gerechtigkeit begäben, um die polnische Sache zu verteidigen, dann könne man ihnen schon heute sagen, was sie von dem Völkerbundsrat erwarten.

Die Madrider Reise Quinones de Leons.

Paris, 20. August.

„Temps" schreibt, die Reise des spanischen Botschafters war, habe mit dem Angebot des Berichterstatters in Paris nach Madrid, die schon seit längerer Zeit vorgesehen war, Quinino de Leon nichts zu tun. Nach Mitteilung der spanischen Botschaft wird Quinino de Leon fünf bis sechs Tage abwesend sein.

Die Vertreter Polens auf der Völkerbundskonferenz.

TU Breslau, 20. August

Polnische oberschlesische Blätter wollen erfahren haben, daß zu Vertretern der Polen für die Völkerbundsverhandlungen über Oberschlesien der Professor Askenasy und der frühere Minister Olszewsky ausersehen seien. Von Sachverständigen sollen den beiden polnischen Regierungsvertretern angeblich Korfanty und der Rechtsanwalt Ballny beigegeben werden.

Die norwegische Völkerbundsabordnung.

Christiania, 19. August.

Im heutigen Staatsrat wurde die norwegische Delegation zur Völkerbundsversammlung ernannt. Die Delegation ist dieselbe wie im vorigen Jahre, nur tritt an die Stelle des verstorbenen Ministers Hagerup der Minister des Aeußern Michelet. Prof. Frithjof Nansen ist zum Vorsitzenden ernannt worden.

Französische Anerkennung deutscher Kolonisationsarbeit.

VDZ. Trotz der Wilsonschen Zusage eines gerechten Ausgleichs der kolonialen Ansprüche hat der Friede von Versailles Deutschland seinen gesamten Kolonialbesitz genommen. „Deutschlands Unfähigkeit zu kolonisieren, seine grausamen Verwaltungsmethoden, seine mangelnde Fürsorge für die eingeborene Bevölkerung": das waren die Gründe, die die Ententemächte veranlaßten, „im Interesse der eingeborenen Bevölkerung" Deutschland seine Kolonien zu nehmen. Wie wenig diese Behauptungen mit den Tatsachen übereinstimmen, dafür gibt der französische Gesetzentwurf über die Ausharmachung der französischen Kolonien (veröffentlicht im „Journal Officiel" als Annexe Nr. 2449, welche am 12. April 1921 der französischen Deputiertenkammer unterbreitet ist, ein beredtes Zeugnis. Dort lesen wir auf Seite 1634 bei der Besprechung von Togo:

„Die Deutschen hatten in Togo Schulen und Krankenhäuser gebaut, welche gut eingerichtet waren und gegenwärtig vollkommen genügen. Die normalen etatsmäßigen Einnahmen werden ausreichen, den guten Betrieb zu unterhalten; aus diesen Gründe wurden Ankäufen von Schulen und Krankenhäusern in dem vorliegenden Entwurf nicht vorgesehen."

Und weiter auf Seite 1641 finden wir über den Sanitätsdienst von Kamerun folgendes:

„Das von den Deutschen in Kamerun eingerichtete ärztliche Hilfswerk stand zweifellos auf bedeutender Höhe, sowohl hinsichtlich der sanitären Einrichtungen als auch des technischen Personals."

Die Deutschen hatten große Opfer gebracht, um den hygienischlichsten Herd der Trypanosamengefahr dieses Landes, die Region des oberen Ntong, mit einem Vorbeugungsgürtel zu versehen, indem die Möglichkeit bestand, alle von dieser Krankheit befallenen Eingeborenen zu erfassen und frühzeitig zu behandeln und die Seuche durch wirksame Absperrungsmaßnamen zu lokalisieren. In Apos, wo keine Tsetsefliegen vorkommen, hatten sie ein Lager für Schlafkranke und ein Laboratorium errichtet.

Der tausendjährige Prozeß zwischen Tschechen und Deutschen.

Von

Dr. Richard Bahr.

Im Hotel Kainz in Hallstatt, das, zwischen Felswand und See eingeklemmt, eine freundliche Gastlichkeit zu bereiten weiß, sind in der vorigen Woche die Präsidenten Hainisch und Masaryk, sind aber auch die das Auslandsgeschäft leitenden Minister Deutschösterreichs und der tschechoslowakischen Republik, Bundeskanzler Schober und Dr. Benesch, beisammen gewesen. Aus den offiziösen „Verlautbarungen", die hinterher in der Wiener Presse zu lesen waren, sprach der Amtsstil des k. und k. aneien régime. Man hätte sich „einvernehmlich" über alle Dinge und noch einige ausgeredet und sei ein-trächtlich in der Erkenntnis auseinandergegangen, daß die Friedensbeschlüsse von St. Germain und Trianon die Grundlage bilden müßten für den Wiederaufbau und die Gesundung Mitteleuropas. Im „Wiener Mittag", neben dem „Deutschen Volksblatt" das tapferen christlich-sozialen Professors Hugelmann einstweilen leider immer noch der einzigen Zeitung Wiens, ta der, von fremden und ein-heimischen Geldmächten unabhängig, stetig und folgerichtig eine bewußte völkische Politik vertreten wird, waren diese herkömmlichen halbamtlichen Schalmeien auf unwirschen Widerspruch gestoßen: nimmermehr könnten deutsche Menschen sich bei den Bitten ententistischer Gewalt beruhigen; erst auf ihren Trümmern möchte ein befriedetes und langsam genesendes Mitteleuropa wiedererstehen. An den Protest aber knüpfte sich die besorgte, halb und halb unwillige Frage: ob man am Hallstätter See denn wohl auch der Toten und der tückisch Ueberfallenen von Aussig gedacht hätte?

Gedacht? Vermutlich wohl. Bundespräsident Hainisch ist ein vorbildlicher deutscher Mann, wie seine Mutter, die greise Marianne Hainisch, eine wahrhaft vorbildliche deutsche Frau ist. Es ist nicht anzunehmen, daß er über der Staatsstifte des unsagbar bösen Schicksals vergessen haben könnte, das unseren Volksgenossen fort und fort (nebendiel sicher gegen dessen Wunsch und Willen) im Reiche Masaryks bereitet wird. Indes gesprochen wird man von diesen peinlichen Dingen kaum haben. Die Zusammenkunft war wohl aus einem bestimmten Anlaß und mit einem eng umrissenen Programm verabredet worden. Die habsburgischen Umtriebe, seit Karls Osterausflug nicht etwa abgeschwächt und entmutigt, vielmehr seither nur noch verstärkt, bedrohen nicht nur Deutschösterreich in seinem Bestand, bedrohen auch die Tschechoslowakei. Und hier, auf begrenztem Raum, lassen sich die Interessen beider Staaten zwofern die schwache österreichische Bundesrepublik überhaupt ein Staat zu nennen ist) mühelos wohl vereinigen.

Den anderthalb Jahrtausende alten weltgeschichtlichen Prozeß zwischen Tschechen und Deutschen zu entscheiden oder auch nur ein Zwischenurteil in ihm durchzudrücken, geht über des verstümmelten, seiner Lebensquellen beraubten Deutschösterreichs Kraft. Dieser Prozeß wurde im Grunde schon in den Augenblick unabhängig gemacht, wo, um die zweite Hälfte des sechsten Jahrhunderts, in das ursprünglich von den keltischen Bojern besiedelte Land nach den Markomannen auch ein Rudel Slawenstämme eindringt, die nach und nach von den fähigsten und tatkräftigsten unter ihnen, den Tschechen, unterjocht und aufgesogen wurden. Seither hat in diesem, von der Natur mit Schätzen und Gütern aller Art gesegneten Böhmen der nationale Zwiespalt auf die Länge zu wühlen nicht aufgehört. Die Tschechen in der fruchtbaren Tiefebene, die Deutschen in den von ihnen urbar gemachten Randgebieten, von denen sie, von den Slawenfürsten gerufen, als Städtegründer und Kulturbringer niedersteigen — das ist die durch die Jahrhunderte nicht wesentlich gewandelte äußere Stellung der Parteien in dem Prozeß, von deren innerem Verhältnis zu einander schon Ludolf von Sagan, einer der ersten, die an der 1348 gegründeten Prager Universität studierten, urteilt: „Mit und tief eingewurzelt ist der Haß zwischen Deutschen und Tschechen, und wie Juden und Samaritaner sich nicht bereinen Reißen, so will auch der Tscheche vom Deutschen nichts wissen."

Es ist ein verdienstvolles Unternehmen des Reichenberger Verlags von Franz Kraus, in das Auf und Ab dieser Kämpfe einführen zu lassen. Dr. Karl Beer, der in der Krausschen „Sudetendeutschen Bücherei" eine kurzgefaßte „Geschichte Böhmens mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Deutschen in Böhmen" veröffentlicht, gibt keine wissenschaftliche Arbeit mit Literaturnachweisen und gelehrtem Apparat. Aber auch diese schlichten, manchmal fast zu unbeschwingten Darstellung, die sich nebenbei auf eine durchaus treue und gewissenhafte Benutzung der Forschungsergebnisse stützt, steigen mit erschütternder Klarheit die Umrisse der großen böhmischen Tragödie empor, in der es wohl Waffenstillstände gegeben hat und noch geben kann und mehr oder weniger faule Friedensschlüsse, aber keine befriedigende Lösung. So lange man sich nicht entschließt, wahr zu machen, was vom Boden der alten Monarchie aus Thomas Masaryk, der ein Humanist war, bevor er der verehrungswürdige Ehrengreis der tschechoslowakischen Republik, doch ihr im großen macht- und einflußloser Präsident wurde, zum Ausgleich der tausendjährigen deutschösterreichischen Fehde einst gefordert hatte: „Ich mein Herr, du dein Herr". Will sagen völkische Autonomie und Selbstbestimmungsrecht hüben und drüben.

Von solchen Entschließungen ist man in der Tschechei freilich entfernter denn je. Man will's mit der Gewalt schaffen. Mit zweierlei Recht und zweierlei Verwaltung. Mit dem Verbot deutscher Fahnen für die Reichenberger deutsche Messe und, wenn alles nichts hilft, mit den Totschlagkommandos der tschechischen Legionäre. Mit tschechischem Schulzwang und der Auflösung deutscher Schulen. Schließlich sogar mit der systematischen Ausdörrung und Austrocknung der Prager deutschen Universität. Man vergißt, daß das alles im Laufe der Jahrhunderte schon versucht worden ist. Daß die Deutschen mehr als einmal am Boden zu liegen schienen und dann doch wieder ihr Haupt erhoben und sich durchgerungen haben. Schon einmal, 1400, wichen deutsche Professoren und Studenten der Gewalt, verließen Prag und gründeten die Universität Leipzig. Die Prager Carolina aber, die in den ersten 60